

Editorial

Sozialistische Alternativen in Westeuropa

Mehr und mehr wird Europa Raum des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses der westeuropäischen Kapitalismen. Im Jahre 1979 sind zwei wichtige Schritte getan worden, die diesen Prozeß gleichzeitig symbolisieren und möglicherweise beschleunigen. Im März dieses Jahres wurde das Europäische Währungssystem installiert, und im Juni dieses Jahres fanden die ersten Direktwahlen zu einem europäischen Parlament in Straßburg statt. Nun kann man beide Ereignisse in ihrer Bedeutung herabspielen. Ob das EWS funktionieren wird, bleibt dahingestellt. Und auch die Bedeutung des europäischen Parlaments mag angezweifelt werden, ist es doch kaum die zentrale Institution bürgerlichen Demokratien zur Repräsentation der Interessen verschiedener Bevölkerungsschichten und der Kontrolle von Exekutiven. Kontrollmöglichkeiten gegenüber dem Brüsseler Wasserkopf hat das Straßburger Parlament kaum, und ob es die politische Landschaft in den einzelnen europäischen Ländern widerspiegelt, bleibt dahingestellt (vgl. den Artikel von Rossana Rossanda in diesem Heft). Und trotz dieser berechtigten Zweifel: Europa wird mehr und mehr zu einer Realität, nicht nur als ideologischer Überbau abendländisch-christlicher Politik, nicht nur als eine Idee junger Enthusiasten, die nach dem zweiten Weltkrieg die Schlagbäume niederrissen, nicht nur der Wunschtraum einer internationalistischen Linken. Von Marktordnungen bis zu Wechselkursregelungen, von der politischen Zusammenarbeit der Regierungen in wichtigen weltpolitischen Fragen bis hin zu Ansätzen der Abstimmung gewerkschaftlicher Politik, von der gemeinsamen Terrorismusbekämpfung der Polizeiapparate der europäischen Länder bis hin zum europäischen Krisenmanagement in krisengeschüttelten Branchen wie der Stahlindustrie (vgl. die Artikel von Klaus Busch und Claus Leggewie, sowie zum Thema der gewerkschaftlichen Industrialisierung der bereits für Prokla 35 angekündigte Artikel von John S. Baker) werden Eckwerte gesetzt, die es trotz aller Bedenken und trotz aller Betonung der nationalen Unterschiede in Europa rechtfertigen, von einer zunehmenden *Europäisierung der gesellschaftlichen Reproduktion* des Kapitals im Westen dieses Kontinents zu sprechen. Die politische Bedeutung, die diese Europäisierung hat, läßt sich erkennen, wenn wir den Prozeß der Verschiebungen der Restrukturierung des kapitalistischen Akkumulationsprozesses, des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital, aber auch des Verhältnisses von Politik und Ökonomie – speziell was die Rolle des Staates angeht (vgl. dazu auch das Poulantzas-Interview) – in den europäischen Ländern betrachten. Welche Richtung dieser Prozeß nehmen wird, ist noch offen. Mit der Formel vom ‚Europa des Kapital‘ oder ‚Europa der Arbeiter‘ wird die Alternative klar bezeichnet, ebenso wie mit der entscheidenden Frage, ob Europa ein autoritäres Monstrum wird oder ein demokratischer, den Interessen der Volksmassen dienender übernationaler Zusammenfluß. Diese Alternative wird bei den weiteren Überlegungen in Rechnung gestellt. Wir meinen, daß die andere Alternative ‚Europa ja oder nein‘, d.h. die Möglichkeit zu einer Herauslösung einzelner Nationen aus dem europäischen Kontext, zumindest in naher Zukunft nicht mehr existiert und folglich als Grundlage politischer Perspektiven unrealistisch wäre.

Die Grundlage des europäischen Integrationsprozesses war der lange Weltmarktboom nach dem zweiten Weltkrieg. Der Welthandel expandierte mit hohen Wachstumsraten, die Produktion wurde in Form transnationaler Unternehmen internationalisiert. Die Folge und Vorbedingung zugleich dieser Entwicklung war die Herausbildung einer Vielzahl internationaler Institutionen zur Regulierung der internationalen Kapitalzirkulation. Diese Entwicklung ist dafür verantwortlich, daß es inzwischen keine nationale Arbeiterklasse mehr allein mit dem nationalen Kapital zu tun hat. Wie in der Krise der 30er Jahre die nationalen Arbeiterbewegungen dem „Diktat der Zahlungsbilanz“ hilflos ausgeliefert waren und mit der Begründung defizitärer Zah-

lungsbilanzen in ihrer politischen Bewegungsfreiheit bis zur Auflösung als organisierter Arbeiterbewegung eingeschränkt wurden, so liegt darin auch heute noch eine drohende Gefahr insbesondere für die Arbeiterbewegungen in Ländern mit chronisch defizitärer Zahlungsbilanz. Defizitäre Zahlungsbilanzen in den einen Ländern setzen aber Zahlungsbilanzüberschüsse in anderen Ländern voraus, so daß auch in Ländern wie der Bundesrepublik mit starker Währung und chronisch überschüssiger Handelsbilanz nicht von den Auswirkungen dieser Situation auf andere Länder abstrahiert werden kann und sei es nur wegen der möglichen Rückwirkungen, die daraus langfristig auch für die ökonomischen Entwicklungsperspektiven des westdeutschen Kapitals resultieren können. Dies alles führt uns aber zu der Feststellung, daß ebenso wie die lange Prosperitätsphase nach dem zweiten Weltkrieg mehr oder weniger gemeinsam in allen westeuropäischen Staaten erfahren werden konnte, so auch in der Krise des kapitalistischen Weltmarktes in den 70er Jahren Gemeinsamkeiten der ‚Krisenbereinigung‘ feststellbar sind.

Von sinkenden Wachstumsraten des Sozialprodukts und über 16 Millionen offiziell gezählten Arbeitslosen im OECD-Bereich einmal abgesehen, worin manifestiert sich die Krise, auf die mit Alternativen der Wirtschaftspolitik eine Antwort zu finden versucht wird? Die Krise ist ja keineswegs nur ein Durchgangsstadium im Verlauf der zyklischen Bewegung kapitalistischer Wirtschaften; vielmehr kann sie nur adäquat begriffen werden als eine gesellschaftliche Entwicklungsphase, in der Widersprüche besonders zugespitzt erscheinen und die Grundlagen des gesellschaftlichen Funktionsmechanismus erschüttert werden. Allerdings mit der immanenten Tendenz, daß ein neues Gleichgewicht bürgerlicher Herrschaft hergestellt wird. Insofern ist die Krise des Kapitals eigentlich eher eine Krise der Arbeiterbewegung, im Sinne bürgerlicher Herrschaftssicherung hat die Krise jedenfalls eine eindeutig regenerative Funktion. Wenn es auch bislang der Arbeiterbewegung, speziell den Gewerkschaften, gelungen ist, für die meisten Schichten der beschäftigten Arbeiter das Realeinkommensniveau zu halten, so ist es dem Kapital doch gelungen, die Lohnkosten je Produkteinheit, die sogenannten Lohnstückkosten, zu senken, also die Verteilung des produzierten Wertprodukts zugunsten des Kapitals und zu Lasten der Arbeiterklasse zu verändern. Mit Erleichterung wird dies von der herrschenden Wirtschaftswissenschaft und -politik zur Kenntnis genommen und politisch seitens des Staates nachgeholfen, um die Arbeiterklasse insbesondere in den Ländern, in denen sie in den vergangenen zehn Jahren aufgrund ihrer politischen Offensive eine Vielzahl von Errungenschaften hat erobern können, wieder in die Defensive zurückzuwerfen. Und diesen Prozeß darf man sich nicht etwa als einen Kampf Klasse gegen Klasse, wo sich homogene Blöcke gegenüberstehen, vorstellen, sondern als einen subtilen Prozeß, in dessen Verlauf die Stärke und Einheitlichkeit („denn Einheit ist unsere Stärke“) tendenziell von innen zersetzt werden. Über konkret empirische Verläufe dieses Prozesses ist des öfteren in der Prokla berichtet worden (vgl. Prokla 26 und 32). Entgegen einer süffisanten Nonchalance, mit der auch in linken Kreisen in der Bundesrepublik die Krise eher weggeredet wird, möchten wir ihre Bedeutung als eine ernst zu nehmende Umbruchphase der gesellschaftlichen Entwicklung hervorheben, in der die traditionellen Politiken in Frage gestellt und sozusagen ebenfalls destrukturiert werden müssen.

An der Funktion der ökonomischen Krise als Bereinigungskrise setzt auch die Politik der meisten westeuropäischen Regierungen an, die durch Austeritäts-Programme und Einkommenspolitik (sofern diese nicht durch den Druck der industriellen Reservearmee eh obsolet geworden ist) die Restrukturierung im Sinne der kapitalistischen Entwicklung (und des erhofften Wiederaufschwungs der kapitalistischen Produktion) forcieren wollen. Konnte das Vollbeschäftigungsversprechen des Keynesianismus Ende der 60er Jahre noch als eine Verschiebung im Kräfteverhältnis zwischen den Klassen zugunsten der Arbeiter und Gewerkschaften gewertet werden, so werden jetzt diese Kompromißlinien selbst von sozialdemokratischen Regierungen – unter dem Druck von Stagnation und Inflation und mit dem Versprechen einer verbesserten Stellung auf dem Weltmarkt bei weniger Inflation – einseitig aufgekündigt. Dabei finden diese Maßnahmen manchmal sogar die Zustimmung von beschäftigt gebliebenen Arbeitern oder einzelnen Branchengewerkschaften in den verschiedenen Ländern – zumindest ist aber der Widerstand durch den Druck der industriellen Reservearmee und durch die Dominanz korporativistischer Interessenvertretung in der Krise weitgehend paralysiert: Selbst kampfstarke Gewerkschaftsbewegungen (wie die in Italien) müssen zurückstecken und geraten darüberhinaus mit ihrer Politik in Wi-

derspruch zu sozialen Bewegungen außerhalb der beschäftigten Arbeiterklasse.

An diesen Problemen setzen in den verschiedenen Ländern Diskussionen an, die gegen die vorherrschende Wirtschaftspolitik alternative, an der Reproduktion der Arbeiter (und der Arbeitslosen) orientierte Konzepte der Wirtschaftspolitik zum Thema haben. Dabei geht es zunächst in den meisten Ansätzen um ein Zurück zum Keynesianismus, wengleich die Grenzen des Keynesianismus zum Ausgangspunkt von Forderungen dienen, die „über Keynes hinaus“ gehen (so der Titel einer Alternativ-Konzeption des Europäischen Gewerkschaftsinstituts): Preiskontrollen, Kontrolle der Macht Multinationaler Konzerne, bedarfsorientierte Ausgabenpolitik des Staates etc.

Das Problem in dieser Konzeption liegt darin, daß lediglich ein Zurück zum status quo ante mithilfe eines verfeinerten keynesianischen Instrumentariums angezielt wird und die Defizite der Wettbewerbswirtschaft angesichts monopolistischer Tendenzen als Ursache der ökonomischen Krise gesehen werden. Dem stehen Vorschläge einer alternativen Wirtschaftspolitik gegenüber, die im Kapitalismus die Notwendigkeit der Krise als *Restrukturierungskrise* im Interesse des Kapitals sehen und daran ansetzend eine Krisenbereinigung anstreben, in der die Form der Krisenlösung selbst Möglichkeiten für eine Verschiebung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse ermöglicht. Die beiden Beiträge aus Großbritannien und Dänemark in diesem Heft (vgl. die Beiträge der London-CSE-Group und von Nielsen/Hansen/Windmüller) stellen solche Konzeptionen zur Diskussion. Darüberhinaus scheint es uns bezeichnend zu sein, daß im Vordergrund dieser beiden Alternativkonzeptionen der *internationale* Zusammenhang steht – und ist die Vernachlässigung dieses Punktes in der westdeutschen Alternativdiskussion nicht auch ein Ausdruck der starken Stellung des westdeutschen Kapitals auf dem Weltmarkt? Im vielschärferen Maße als in Großbritannien und Dänemark wurde der gesellschaftliche Entwicklungsprozeß in Portugal von der „Diktatur der Zahlungsbilanz“ geprägt, die – vermittelt über die politischen Diktate des IMF – nicht nur den gesellschaftlichen Veränderungsprozeß in Richtung Sozialismus verhinderte, sondern zugleich das Kräfteverhältnis der Klassen nach Rechts zurückdrehte (vgl. den Beitrag von F. O. Wolf).

Das den Schwerpunkt abschließende Interview zum autoritären Etatismus und zur Politik der kommunistischen Parteien in Westeuropa (das wir aus der spanischen Zeitschrift „El Viejo Topo“ übernommen haben) war bereits im Satz, als wir die Nachricht vom Tode Nicos Poulantzas' erhielten. Wir dokumentieren zusammen mit dem Interview einen Nachruf seiner politischen Freundin in Frankreich, das in „Le Monde“ veröffentlicht wurde.

Den Abschluß des Heftes bildet – außerhalb des Schwerpunkts – ein Artikel zum Konflikt Vietnam-Kambodscha-China von A. Barnett, den wir aus aktuellen Gründen kurzfristig in das Heft aufgenommen haben.

In einem der nächsten Hefte, das wir mit einem theoretischen Schwerpunkt zur Zeit planen, werden wir in einem Beitrag anlässlich des Todes von Herbert Marcuse versuchen, seinen Beitrag zur marxistischen Diskussion zu würdigen. Wir möchten darauf schon jetzt hinweisen, weil es in den letzten Ausgaben der Prokla zur traurigen Pflicht geworden ist, Nachrufe zum Tode von Genossen zu veröffentlichen.

Die Redaktion

PROKLA Nr. 38 (erscheint ca. März 1980) setzt die in dieser Nummer begonnene Diskussion um ‚Sozialistische Alternativen‘ fort; allerdings soll jetzt die Entwicklung in der Bundesrepublik zum Thema gemacht werden: zur *wirtschaftlichen Entwicklung* und ihren Alternativen werden Vertreter der Memorandumsguppe (R. Hickel) und ihrer Kritiker schreiben; dabei soll auch die historische Kontinuität der Alternativ-Ansätze am Beispiel der Diskussion in der Weimarer Republik angesprochen werden (Th. Hahn). Darüberhinaus werden Spezialprobleme der Alternativ-Diskussion diskutiert (Alternative Raumpolitik u.ä.). Zur *politischen Entwicklung* sollen Artikel zur Rechtsentwicklung in der BRD und zum Korporativismus-Problem veröffentlicht werden.